

## Aktiv werden!

- Werden Sie aktiv bei der Wählervereinigung BÜRGER IN WUT. Bitte wählen Sie aus folgenden Möglichkeiten:

- Ich möchte mehr über die BÜRGER IN WUT wissen. Bitte nehmen Sie Kontakt mit mir auf.
- Ich möchte zu einer Veranstaltung in meiner Nähe eingeladen werden.
- Ich möchte Mitglied werden. Bitte schicken Sie mir einen Aufnahmeantrag zu.

\_\_\_\_\_  
Vorname / Name

\_\_\_\_\_  
Straße / Hausnummer

\_\_\_\_\_  
PLZ / Ort

\_\_\_\_\_  
Geburtsdatum

\_\_\_\_\_  
Telefon

\_\_\_\_\_  
Fax

\_\_\_\_\_  
Email

**BIW**  
BÜRGER IN WUT



**10** FORDERUNGEN ZUR  
EUROPAWAHL 2019

### **1. Ja zu Europa, Nein zur EU!**

Wir BÜRGER IN WUT stehen dem europäischen Gedanken positiv gegenüber, wollen aber ein Europa der nationalen Vielfalt und keinen von Brüssel regierten Einheitsstaat. Unterschiede zwischen den Mitgliedsländern sind eine Chance für Fortschritt und Entwicklung unseres Kontinents, und keine Gefahr für die Völkerverständigung in Europa.

An die Stelle einer zentralistischen EU setzen wir das Modell eines europäischen Staatenbundes, einer Konföderation souveräner Nationen, die ihre Interessen in der Welt gemeinsam vertreten, innenpolitische Angelegenheiten aber weitestgehend autonom regeln. Wir wollen ein Europa der Freiheit und nicht des Zwangs!

### **2. Beschneidung der EU-Kompetenzen**

Die alleinige Zuständigkeit der EU ist auf solche Politikfelder zu beschränken, die einer gemeinschaftlichen Regelung zwingend bedürfen. Dazu rechnen vor allem der Europäische Binnenmarkt, der Außenhandel sowie die grenzüberschreitende Bekämpfung von Kriminalität und illegaler Zuwanderung. Bei allen anderen Aufgaben muss die EU das Subsidiaritätsprinzip und den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit streng beachten. Unsere europapolitische Maxime lautet: So viel Brüssel wie nötig, so viel nationale Verantwortung wie möglich!

### **3. Stärkung der Rechte von Bundestag und Bundesrat**

Das Handeln der EU muss vorrangig durch die nationalen Parlamente legitimiert und kontrolliert werden. Die Beteiligungsrechte von Bundestag und Bundesrat in europäischen Angelegenheiten sind deshalb zu erweitern. Sie sollen zu allen Rechtsvorhaben der EU eine verbindliche Stellungnahme abgeben können. An diese Vorgaben sind die Vertreter der Bundesregierung in den EU-Gremien gebunden und müssen dort entsprechend abstimmen. Intransparente Entscheidungen am Willen der deutschen Volksvertreter vorbei darf es in Brüssel nicht mehr geben!

### **4. Mehr Mitbestimmung der Bürger!**

Die Bürgerinnen und Bürger in den Mitgliedsstaaten müssen mehr Einfluss auf die Gestaltung des europäischen Integrationsprozesses nehmen können. Künftig sind in Deutschland Volksentscheide immer dann durchzuführen, wenn die Bundesregierung wichtige politische Zuständigkeiten nach Brüssel abgeben und so dem deutschen Souverän entziehen will. Neue Mitgliedsstaaten dürfen nur in die EU aufgenommen werden, wenn dem eine Mehrheit der Wahlberechtigten in einem Referendum zugestimmt hat. Wir wollen ein Europa der Bürger, nicht der Eliten!

### **5. Der Euro ist gescheitert, zurück zur D-Mark!**

Die Europäische Währungsunion umfasst 19 Länder unterschiedlicher Wirtschaftsstärke, die Wettbewerbsnachteile nicht mehr durch Wechselkursanpassungen ausgleichen können. Die Folgen sind Handelsungleichgewichte, eine hohe Verschuldung in den Staaten Südeuropas und politische Spannungen in der EU. Die Währungsunion ist zu einer Haftungs- und Transfergemeinschaft geworden, die dem deutschen Steuerzahler dreistellige Milliardenrisiken aufbürdet. Die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank zur Rettung des Euro schädigt Sparer und Versicherungskunden, während Immobilienpreise und Mieten steigen. Vom Euro profitieren vor allem Banken und Großkonzerne, nicht die breite Bevölkerung. Wir wollen deshalb die Rückkehr zu den nationalen Währungen und die Wiedereinführung der D-Mark!

### **6. Für ein europäisches Europa, kein EU-Beitritt der Türkei!**

Die Zusammenarbeit in Europa basiert auf dem abendländischen Kulturerbe, der Aufklärung und dem Humanismus. Diese ideelle Geschäftsgrundlage wird von allen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union geteilt. Islamische Staaten stehen nicht auf diesem Fundament und sind schon aus diesem Grund für eine Mitgliedschaft in der Europäischen Union ungeeignet. Wir lehnen deshalb die Aufnahme der Türkei in die Europäische Union strikt ab und fordern ein sofortiges Ende der Beitrittsverhandlungen mit Ankara. Künftige EU-Erweiterungen müssen an den Grenzen unseres Kontinents enden!

### **7. Keine Einwanderung in den deutschen Sozialstaat**

Die Personenfreizügigkeit in der Europäischen Union darf nicht dazu führen, dass Armutsmigranten vor allem aus Osteuropa in unsere sozialen Sicherungssysteme einwandern oder die öffentliche Sicherheit und Ordnung in Deutschland gefährden. Die gesetzlichen Möglichkeiten, den Aufenthalt von EU-Bürgern zu beenden, die ihren Lebensunterhalt nicht aus eigenen Mitteln bestreiten können, müssen konsequent ausgeschöpft werden. Neue Mitgliedsländer sollen künftig nur dann in die Europäische Union aufgenommen werden, wenn sie über eine ausreichende Wirtschaftskraft verfügen und soziale Mindeststandards erfüllen. Europäische Freizügigkeit auf Kosten des deutschen Sozialstaats darf es nicht geben!

### **8. Sicherung der EU-Außengrenzen gegen illegale Migration**

Die illegale Zuwanderung nach Europa muss durch eine wirksame Sicherung der EU-Außengrenzen unterbunden werden. Wir wollen eine rasche personelle Aufstockung der Grenzschutzagentur Frontex, die zu einer gemeinsamen europäischen Grenzpolizei auszubauen ist. Solange die Außengrenzen nicht wirksam geschützt sind, müssen die Mitgliedsstaaten das Recht haben, ihre nationalen Binnengrenzen zu überwachen, um die illegale Migration zu bekämpfen. Flüchtlinge, die auf dem Landweg unerlaubt nach Deutschland einreisen wollen, sind an der Grenze abzuweisen!

### **9. Faire Marktwirtschaft statt radikaler Wirtschaftsliberalismus**

Wir lehnen das in den europäischen Verträgen verankerte Prinzip einer „offenen Marktwirtschaft mit freiem Wettbewerb“ als Ausdruck einer radikalliberalen Wirtschaftsideologie ohne soziale Verantwortung zum Nachteil der Beschäftigten ab. Stattdessen wollen wir unser Konzept einer Fairen Marktwirtschaft auch in der EU durchsetzen. Wir sprechen uns für gemeinsame europäische Arbeits-, Sozial- und Umweltstandards sowie eine schlagkräftige EU-Kartellpolitik aus, die marktbeherrschende Monopole verhindert. Die Wirtschaft hat den Interessen der Menschen zu dienen, nicht umgekehrt!

### **10. Wohlstand durch Handel, nicht durch Umverteilung**

Die EU-Finanzverfassung muss zugunsten von mehr Beitragsgerechtigkeit reformiert werden, um die hohe Belastung Deutschlands als dem größten Nettozahler der Gemeinschaft zu reduzieren. Korruption und Subventionsbetrug, die Milliarden Schäden zu Lasten des europäischen Haushalts verursachen, sind konsequent zu bekämpfen. Das Volumen von Struktur- und Agrarfonds ist schrittweise zurückzuführen. Die Verantwortung für die Landwirtschaftspolitik muss wieder den nationalen Regierungen übertragen werden. Der Wohlstand in Europa soll Ergebnis des Handels im Binnenmarkt sein und nicht auf der Umverteilung von Steuergeldern zwischen den Mitgliedsstaaten beruhen!